

Gesellschaft unter Druck. Strategien zum Umgang mit antidemokratischen Entwicklungen

Martin Rüttgers

Dieser Beitrag beleuchtet die Ergebnisse des Workshops »Gesellschaft unter Druck. Strategien zum Umgang mit antidemokratischen Entwicklungen«, den Kerstin Schöffel und Martin Rüttgers am 11. November 2023 im Rahmen der Tagung »Forum für Demokratie und Bürgerbeteiligung« in Bonn geleitet haben.

Der mit rund 20 Teilnehmenden gut besuchte Workshop bot eine Gelegenheit zum kollegialen Erfahrungsaustausch zu einem Thema, das insbesondere in den letzten Jahren an Dynamik und Dramatik zugenommen hat: dem Anwachsen anti-demokratischer Entwicklungen und zunehmender Aggressivität (rechter) Akteure gerade im Kernbereich demokratischer Selbstorganisation, und zwar der lokalen Demokratie vor Ort in vielen Kreisen, Städten und Gemeinden.

Dort beobachten wir ambivalente Entwicklungstendenzen: Auf der einen Seite erfährt Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung seit den »Nulljahren« insbesondere auf kommunaler Ebene einen beachtlichen Entwicklungsschub, zum Beispiel durch die Ausweitung von Partizipationsmethoden und die kommunale Verankerung von Beteiligung durch Leitlinien und Satzungen. Auf diese Weise konnte sich vielerorts eine vitale Zivilgesellschaft etablieren, die vor Ort in den Städten, Dörfern und Landkreisen hilft, die lokale Demokratie kontinuierlich weiterzuentwickeln und noch stärker zu machen.

Zugleich versuchen Demokratiefeinde und Extremistinnen – übrigens nicht nur in den neuen, sondern mittlerweile in allen Bundesländern – leider mit zunehmender Gewaltbereitschaft, diese gewachsene demokratische Basis vor Ort herauszufordern und zu unterminieren. Sei es durch Hass und Hetze gegen Mandatsträgerinnen oder bürgerschaftlich engagierte Menschen, mit Kampagnen und Demonstrationen gegen eine angebliche »Corona-Diktatur« oder durch die Verbreitung antisemitisch aufgeladener Verschwörungsideologien.

Im Workshop »Gesellschaft unter Druck. Strategien zum Umgang mit antidemokratischen Entwicklungen« kamen wir miteinander ins Gespräch, wie durch neue Kooperationen und Bündnisse die lokale Demokratie gestärkt werden kann und welche Strategien sich im Umgang mit antidemokratischen Entwicklungen in der Praxis bewährt haben.

Als Impuls zur Diskussion gab Martin Rüttgers zum Einstieg einen Einblick in die Beteiligungspraxis von Projekten, die im Rahmen von Bundesprogrammen auf der lokalen Ebene gefördert werden. Relevante Bundesprogramme, die die lokale Demokratie vor Ort stärken helfen, sind hier insbesondere die Programme »Zusammenhalt durch Teilhabe«, »Miteinander Reden«, »Engagierte Stadt« sowie »Engagiertes Land«. Im Fokus des Workshops am 11. November 2023 stand das Bundesprogramm »Demokratie leben!«, in dessen Kontext zum Beispiel mehr als 350 lokale »Partnerschaften für Demokratie« (PfD) gefördert werden. Martin Rüttgers arbeitet in einigen PfD in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz als prozessbegleitender Berater, und Kerstin Schöffel arbeitet als Leiterin der »Koordinierungs- und Fachstelle« der PfD im Kreis Viersen.

Bundesprogramm »Demokratie leben!« und die Partnerschaften für Demokratie

Mit dem Programm »Demokratie leben!« fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2015 zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft. Menschen- und Demokratiefeindlichkeit hat viele Gesichter: Sie reicht von Rechtsextremismus über Antisemitismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit, islamistischen Extremismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Antiziganismus bis hin zu linkem Extremismus. Durch das Bundesprogramm werden in ganz Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, im Rahmen von lokalen Partnerschaften für Demokratie Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. In diesen PfD kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft (aus Vereinen und Verbänden, Kirchen und weitere bürgerschaftlich Engagierte) zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie.

Ziele der Partnerschaften für Demokratie (PfD) sind insbesondere:

- demokratisches Engagement vor Ort fördern und die Zivilgesellschaft stärken,
- Verfahren demokratischer Beteiligung entwickeln und etablieren,
- öffentliches Engagement stärken (unter anderem gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie darauf bezogene Formen der Diskriminierung) und in Bezug auf alle demokratie- und rechtstaatsfeindlichen Phänomene sensibilisieren,
- fachliche Ansätze im Rahmen unterschiedlicher Projekte umsetzen sowie Know-how im Umgang mit den von »Demokratie leben!« bearbeiteten Herausforderungen und Problemlagen aufbauen,
- eine Kultur der Unterstützung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements in den Themenfeldern von »Demokratie leben!« entwickeln.

Durch die PfD können auf Antrag lokale Projekte und Maßnahmen gefördert werden, die auf unterschiedliche Weise eine der drei Säulen des Bundesprogramms bedienen:

- Demokratie stärken,
- Vielfalt gestalten,
- Extremismus vorbeugen.

Der Kreis Viersen nimmt seit 2015 am Bundesprogramm »Demokratie leben!« teil. Bislang wurden im Kreis mehr als 140 Projekte mit Fördersummen zwischen 300 Euro und 7.000 Euro gefördert und durchgeführt. Im Jahr 2023 standen 65.000 Euro im Aktions- und Initiativfonds und 10.000 Euro im Jugendfonds zur Verfügung.

Wie funktioniert die Partnerschaft für Demokratie (PfD) im Kreis Viersen?

- *Federführendes Amt:* beim Amt für Schule angesiedelt, verantwortet die rechtliche Umsetzung und gewährleistet die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel,
- *Koordinierungs- und Fachstelle:* beim externen Träger angesiedelt, Schnittstelle innerhalb der PfD, insbesondere Koordinierung, fachliche Beratung und Begleitung der Projektträger,

- *Begleitausschuss*: Zusammenarbeit von Akteur/innen aus Zivilgesellschaft, Politik und (Kreis-)Verwaltung, berät und empfiehlt die Förderung der eingereichten Projektanträge, entwickelt die Handlungsstrategie weiter,
- *Jugendfonds*: wird vom Jugendforum der Stadt Viersen betreut, hier können Jugendliche eigene Projekte vorstellen und durchführen.

Ergebnisse des Workshops

Der Workshop »Gesellschaft unter Druck. Strategien zum Umgang mit antidemokratischen Entwicklungen« bot nun im Rahmen des Forums für Bürgerbeteiligung und Demokratie die Gelegenheit, die vielfältigen Erfahrungen der Teilnehmenden eingehend zu erfragen und die jeweiligen Strategien im kollegialen Austausch zu erörtern. Hierzu konnten Fallbeispiele identifiziert, skizziert und entsprechend den Beiträgen der Teilnehmenden an Stellwänden visualisiert werden.

Fallbeispiel 1 ist leider prototypisch für antidemokratische Herausforderungen und Bedrohungen der lokalen Demokratie vor Ort. Es geht um den **Kauf bzw. die Nutzung von verlassenen Immobilien im ländlichen Raum durch rechte Akteure und Netzwerke**. Dieses Phänomen ist seit den 1990er-Jahren bekannt – vor allem aus ländlichen Gebieten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg –, gewinnt seit einigen Jahren jedoch auch in ländlichen westdeutschen Kommunen an Brisanz. Wer etwa in Rheinland-Pfalz mit dem PKW durch die vielen Dörfer fährt, stellt mit Schrecken fest, dass in fast allen Gemeinden Gaststätten und Kneipen leer stehen bzw. nicht mehr betrieben werden. Rechte Gruppierungen wie z. B. Reichsbürger sowie obskure Gruppen aus dem Umfeld von völkischer Esoterik nutzen dies und okkupieren solche Immobilien. Sie versuchen, dort u.a. »Schulungsangebote« für ideologisch Gleichgesinnte zu offerieren. Als Gegenstrategie konnten in zwei Fällen die Strukturen, Ressourcen und Akteurskonstellationen einer PfD in Rheinland-Pfalz mit Erfolg genutzt werden, um derartige rechte Unterwanderungsversuche zu stoppen.

Im Workshop haben wir folgende Punkte gesammelt und erörtert, die Elemente dieser Gegenstrategie der lokalen Demokratieakteure zusammenfassen:

- PfD bringt die wichtigen Akteure vor Ort zum Austausch zusammen;
- der Bürgermeister lädt Dorfgemeinschaft zu Infotreffen ein;
- die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wird mit ihrer Fachexpertise eingebunden;
- im Dorf werden Infoabende zum Thema »Reichsbürger« veranstaltet;
- eine Postwurfsendung informiert alle Haushalte des Dorfes über die Situation vor Ort;
- die Polizei wird zu den Infoveranstaltungen eingeladen (um ggf. das Hausrecht durchzusetzen);
- die beiden Kirchengemeinden lassen die Glocken während des ersten Treffens der »Reichsbürger« im ehemaligen Gasthof läuten;
- die Kommune prüft ihr Vorkaufsrecht zum Erwerb der Immobilie.

Dass **Bedrohungen** von rechten Demokratiefeind/innen **auch im persönlichen Bereich** des angegriffenen Individuums negative Auswirkungen haben und dass es auf dieser individuellen Ebene ebenfalls Gegenstrategien zur Abwehr und zur persönlichen Stärkung braucht, konnte im **Fallbeispiel 2** verdeutlicht und er-

örtert werden. Folgende Methoden, Leitsprüche und Angebote wurden zusammengetragen:

- »Let´s agree to disagree«
- Mediation: Trennung von Sache und Person
- »Demo-Slam«: Methode zum konstruktiven kontroversen Dialog
- »Debatten-Arena«.

Im **dritten Fallbeispiel** konnten wir einer Bonner Bürgerinitiative Hinweise geben, wie sich eine Initiative erfolgreich mit bestehenden Allianzen und Bündnissen vor Ort vernetzen kann, um sich im Sinne einer **resilienten Bürgerbewegung** zu **entwickeln**. Neben konkreten Hinweisen auf lokale Akteure wurden zudem allgemeine Ratschläge zur gelingenden Organisationsentwicklung genannt und angepinnt:

- Fridays for Future Bonn,
- »Bonner Initiative gegen Fremdenhass«,
- Netzwerke des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DBG) nutzen,
- Faktenchecker gegen Fakenews nutzen (z. B. »Volksverpetzer«),
- Pfd-Netzwerke nutzen und sich dort einbringen,
- Dorf- und Bürgervereine als Multiplikator/innen vor Ort,
- Öffnung von Vereinen für neue Zielgruppen,
- die »Stille Mitte« stärken und mobilisieren,
- Humor hilft! Subversive Aktionen wie z. B. Spendenlauf gegen Rechtsextremismus,
- strategisch denken auch im Marketing: rechtsextreme Begrifflichkeiten als Marke schützen.

Im Laufe des Workshops wurde uns zunehmend deutlich, dass erfolgreiche Gegenstrategien gegen demokratiefeindliche Entwicklungen immer auch eine Frage von (verfügbaren) Ressourcen sind, damit die Wirksamkeit solcher Strategien gewährleistet bleibt. In diesem Zusammenhang konnten wir auf (erfolgs-)kritische Aspekte aufmerksam machen, die die fachliche Debatte um Demokratiestärkung und Demokratiepoltik in nächster Zeit prägen werden:

- Zunächst stellen wir eine Forschungslücke fest: Die Teilnehmenden des Workshops kennen keine relevanten Untersuchungen oder Studien, die die Wirksamkeit von demokratischen Strategien gegen Demokratiefeinde ermitteln helfen.
- Ferner wurde von vielen Teilnehmenden konstatiert, dass die Ressourcen von pädagogischem Personal, v.a. im Kinder- und Jugendbereich sowie in Vereinen und Verbänden, dringend aufgestockt werden müssen: »Die Zivilgesellschaft geht auf dem Zahnfleisch!«
- Ganz konkret wurde gefordert, dass die finanziellen Ressourcen von Bundesprogrammen wie »Demokratie leben!« oder »Zusammenhalt durch Teilhabe« auf keinen Fall gekürzt werden dürfen.

Mit diesen zuletzt genannten Punkten kann nahtlos an die demokratiepolitischen Herausforderungen angeknüpft werden, die Akteure der lokalen Demokratie zu meistern haben und zu denen die staatlichen Ebenen von Bund und Ländern substantielle Antworten finden müssen.

Demokratiopolitische Herausforderungen für 2024 ff.

Kann die hier nur angedeutete positive Wirksamkeit etwa der Partnerschaften für Demokratie dauerhaft fortgeführt und ausgebaut werden, um die Strukturen der Demokratie v.a. auf der kommunalen Ebenen resilient und zukunftsfähig zu gestalten? Wird die proklamierte Entfristung des Bundesprogramms »Demokratie leben!« in eine neue Förderperiode ab dem Jahr 2025 zu einer flächendeckenden und starken »Demokratie-landschaft« führen, in der Zivilgesellschaft, Staat und Kommunen konstruktiv kooperieren gegen die Feinde der Demokratie? Können die finanziellen und personellen Ressourcen endlich so zuverlässig in Bundes- und Landeshaushalten bereitgestellt werden, dass der verzweifelte Ausruf unseres Workshops – »Die Zivilgesellschaft geht auf dem Zahnfleisch« – bald der Vergangenheit angehören wird?

Antworten auf diese Fragen hängen u.a. davon ab, wie stark die politische und gesellschaftliche Unterstützung für eine (staatlich) geförderte Demokratieförderung hierzulande wirklich ist. Die entsprechenden Befunde und Indizien sind hierbei uneindeutig und ambivalent. So gibt es einerseits eine rhetorisch wie fachlich große Rückendeckung zur Verstetigung und langfristigen finanziellen Absicherung von Programmen wie »Demokratie leben!« oder auch »Zusammenhalt durch Teilhabe«. Auf der anderen Seite erleben wir, spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds der Bundesregierung, einen erschreckenden Gedächtnisverlust bei vielen politischen Akteuren, die sich bei Sparvorschlägen leider allzu bereitwillig an »freiwilligen«, nicht gesetzlich festgeschriebenen Leistungen und Programmen der Demokratie- wie Engagementförderung vergreifen.

Auf dem rechten politischen Spektrum sind darüber hinaus zahlreiche Attacken und Delegitimierungsversuche der AfD und anderer rechter Gruppierungen gegen das Bundesprogramm »Demokratie leben!« sowie die hierdurch geförderten Akteure nachweisbar. Unter dem Stichwort »shrinking spaces« hat die Fachzeitschrift »Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit« ein eigenes Heft publiziert und durch Forschungsergebnisse nachweisen können, wie rechte Akteure den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum einschränken (1). Mit Blick auf die Arbeit der Pfd in Deutschland wird konstatiert: »Insgesamt 104 Koordinator/innen (39 Prozent) machen die Angabe, dass es in ihren Fördergebieten Vorkommnisse zur Einschränkung der Handlungsspielräume von demokratisch engagierten Akteur/innen gab. Diese Vorkommnisse lassen sich in vier übergeordnete Kategorien zusammenfassen: Kontrolle, Delegitimierung der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie, Behinderung der Umsetzung von Aktivitäten und schließlich auch Anfeindungen und Bedrohungen von Akteur/innen.« (2)

Diese bedenklichen Befunde hinsichtlich der Bedrohungen und Anfeindungen durch (rechte) Demokratiefeinde teilen indes nicht nur Aktive und Engagierte aus den Pfd und der organisierten Zivilgesellschaft. Auch die große Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands sieht »shrinking spaces« und reale Gefahren für unsere Demokratie. Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung sehen knapp vier von fünf Befragten die Demokratie hierzulande bedroht (3). Zugleich wünschen sich 85 Prozent der Bevölkerung eine noch stärkere Unterstützung für eine lebendige und starke Demokratie durch die Bundesregierung. Eine deutliche Mehrheit befürwortet dementsprechend eine längerfristige finanzielle Unterstützung für zivilgesellschaftliche Vereine, Initiativen und Organisationen durch den Staat. Es scheint damit einen breiten gesellschaftlichen Konsens in Deutschland zu geben, dass der Staat zivilgesellschaftliche Organisationen und kommunale Strukturen bzw. Bündnisse zur Stärkung dieser Demokratie (auch weiterhin) fördern sollte.

Die künftigen Wochen und Monate werden entscheidend sein, wenn es darum gehen wird, diesen breiten gesellschaftlichen Konsens auch politisch durch entsprechende Gesetze wie das Demokratiefördergesetz – und selbstverständlich auch durch finanzpolitische Entscheidungen im Bundeshaushalt – zu verankern. Die

Debatte um – scheinbar unausweichliche – Einsparungen der öffentlichen Haushalte ist derzeit in vollem Gange. Die Frage, wie die teils immensen Ausgaben zur Bewältigung der Krisen der letzten drei Jahre (Pandemie, fortwährender Russischer Angriffskrieg in der Ukraine und dessen Folgen bezüglich Inflation und Energieknappheit) zu refinanzieren sind, und auch wer diese Kosten zu tragen hat, prägen aktuell die Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 (*). Es gilt, die »zarte Pflanze« der zivilgesellschaftlichen Demokratieinfrastruktur in ihrer begrenzten Lobbykraft zu stärken, damit etwaige Kürzungen der jeweiligen Haushaltstitel nicht nur abgewendet werden, sondern die Ressourcen für Zivilgesellschaft und lokaler Demokratie ab 2024 ff. weiter ausgebaut werden können.

Hinweis

(*) Dieser Beitrag ist am 21. Dezember 2023 im eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft in der Ausgabe 12/2023 erschienen.

Anmerkungen

- (1) Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (1/2019).
- (2) Ebd.: S. 87.
- (3) DeZIM-Institut (2023), DeZIM Briefing Notes #10.

Autor

Martin Rüttgers, (Dipl.-Politologe, 53 Jahre) lebt und arbeitet in Bad Honnef. Als Leiter des Instituts für Demokratiepolitik & Organisationsberatung berät er seit 20 Jahren Kommunen, Ministerien, Stiftungen und Verbände zu Demokratiestärkung, Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung. Ehrenamtlich ist er aktiv im Netzwerk des Netzwerks Bürgerbeteiligung, im Verschönerungsverein für das Siebengebirge und im Vorstand des Vereins Jüdische Vergangenheit und Gegenwart in Bad Honnef. In seinen Veröffentlichungen werden u.a. die Forschungsthemen Netzwerke (der Engagementförderung), Bürgerkommunen und Strategien gegen Rechtsextremismus analysiert.

Kontakt

E-Mail: info@politikberatung-ruettgers.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Am Kurpark 6 | 53177 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de